

### *Stellungnahme der Wirtschaftsvereinigung Metalle zum*

## Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus (BT-Drucksache 18/4655)

---

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) unterstützt den Netzausbau als wichtigen Baustein, um den bestehenden Strommarkt zu einem **Strommarkt 2.0** weiterzuentwickeln. Die Zuverlässigkeit der Stromversorgung ist für stromintensive Unternehmen ein hohes Gut. Unterbrechungen der Stromversorgung können zu Kosten in Millionenhöhe führen. Insbesondere die Heißprozesse der Nicht-Eisen(NE)-Metallindustrie sind zum Schutz der Mitarbeiter, Umwelt und Anlagen auf eine unterbrechungsfreie Versorgung angewiesen.

### Netzausbau nicht isoliert optimieren

1. Der steigende Anteil erneuerbarer Energien stellt eine große Herausforderung für das Stromsystem dar. Bisher obliegt fast allein den Netzbetreibern die Verantwortung, die wachsende Strommenge aus erneuerbaren Quellen in das Stromnetz aufzunehmen und zum Verbraucher zu transportieren. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage sowie der Bilanzausgleich im Stromnetz können hierbei nicht allein von den Netzbetreibern und den Stromverbrauchern getragen werden. Hier müssen auch die **Erzeuger von erneuerbaren Energien mehr Verantwortung** für den Bilanzausgleich übernehmen.
2. Netzausbau, erneuerbare Energien, flexible Erzeugung und Lastmanagement der Nachfrage sowie Speicher sind gemeinsam aufgefordert, einen Beitrag für die Stabilität des Stromnetzes zu leisten. Die NE-Metallindustrie stellt sich dieser Verantwortung und vermarktet **flexible und abschaltbare Lasten**. Um diesen Betrag fortzusetzen, sind Freiwilligkeit und eine angemessene Vergütung erforderlich, weil die Steuerung und Unterbrechung industrieller Prozesse mit hohen Kosten verbunden sowie technischen und umweltrechtlichen Restriktionen unterworfen ist.
3. Auch in einem regulierten Markt wie dem Stromnetz müssen die Beiträge der Akteure **koordiniert** erfolgen. Nur über den Ausgleich der jeweiligen spezifischen Kosten ist die **Minimierung der Gesamtkosten** möglich. Die NE-Metallindustrie begrüßt daher den Ansatz, zwischen dem Netzausbau und dem Ausbau erneuerbarer Energien durch die Einführung der so genannten Spitzenkappung ein Mindestmaß an Koordination herbeizuführen.

### Vorrang der Erdverkabelung erhöht die Gesamtkosten

- Der Vorrang für die Verlegung von Erdkabeln erhöht die Kosten des Leitungsbaus der neuen HGÜ-Trassen Suedlink und Südost um das Zwei- bis Dreifache. Inzwischen ist eine konkretere Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) bekannt, wonach Mehrkosten von 3 bis 8 Mrd. € zu erwarten sind. Über die Zeit verteilt könnten die Netznutzungsentgelte um 0,1 bis 0,3 ct/kWh bzw. auf der Hochspannungsebene um 10 bis 30 % steigen. Dies wäre für die NE-Metallindustrie mit zusätzlichen Kos-

ten von 15 bis 45 Mio. € pro Jahr verbunden. Für einzelne Großverbraucher fallen Mehrkosten von mehr als einer Million Euro pro Jahr an. Da es sich um eine in Deutschland noch wenig erprobte Technik handelt und auch ganz neue Kabeltypen zum Einsatz kommen könnten, sollte mindestens der **obere Rand der Kostenschätzung** als Planungsgrundlage dienen. Gerade die Komplikationen am Offshore-Anschluss von Windenergieanlagen haben gezeigt, dass Verzögerungen und Kostenüberschreitungen nicht auszuschließen sind. Zudem liegen keine Erfahrungen aus dem Betrieb über längere Zeiträume vor. Daher ist mit Nachbesserungen und Anpassungen nach der Inbetriebnahme zu rechnen. Umso wichtiger ist es, in der Planungs- und Ausführungsphase eine engmaschige Kostenkontrolle zu installieren. Zwischen dem Interesse einen ausreichenden Abstands zur Wohnbebauung und der Minimierung von Umwegen ist ein fairer Ausgleich herbeizuführen. Der Vorrang zur Erdverkabelung muss mit eindeutiger Priorität für die kürzeste Strecke verknüpft werden. Ansonsten scheinen die Kostenschätzungen zu gering angesetzt.

- Die NE-Metallindustrie agiert im **internationalen Wettbewerb**. Sie ist stets auf international wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Die Besondere Ausgleichsregelung des EEG und weitere Belastungsbegrenzungen leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Gleichwohl kommen auf die stromintensive Industrie im Rahmen der Energiewende und durch den Emissionshandel zusätzliche Kosten zu, die in Summe betrachtet eine klare Belastung der Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Insbesondere die Unsicherheit über die Höhe und Fortsetzung der Belastungsbegrenzung behindert Investitionen in Deutschland. Seit 2005 bleiben in der NE-Metallindustrie die Investitionen hinter den Abschreibungen zurück. Dies geht nicht auf einen schrumpfenden Markt, sondern auf die mangelnde Planungs- und Investitionssicherheit zurück, da die Verwendung von NE-Metallen weiter zunimmt.
- Die **Zuverlässigkeit und Qualität des Stromnetzes** müssen auch unter dem Vorrang der Erdverkabelung der HGÜ-Leitungen uneingeschränkt gewährleistet bleiben. Offenbar besteht noch keine hinreichende Klarheit, mit welchem Kabeltyp Zuverlässigkeit zu geringen Kosten erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der stromintensiven Industrie, das Anforderungsprofil der HGÜ-Leitung für die Erdverkabelung nicht mit anderen Zielen zu überfrachten und unter Einhaltung der Abstandsregeln eine teilweise Verlegung als Freileitung zu ermöglichen.
- Die NE-Metallindustrie liefert **Werkstoffe** für die Stromkabel und das gesamte Stromnetz. Beim Leitungsbau kommen Metalle zum Einsatz, die sich nach der Nutzungsphase problemlos recyceln und wiederverwenden lassen. Aufwändige Erdkabelösungen könnten den vermehrten Einsatz von Ressourcen nach sich ziehen, die sich weniger gut als Metalle wiederverwenden lassen und damit weniger wertbeständig sind.
- Sowohl Freileitungs- als auch Erdkabeltrassen stellen einen Eingriff in die Natur dar. Für Erdkabel sind 20 bis 40 Meter breite Schneisen anzulegen und anschließend von tief wurzelndem Bewuchs freizuhalten. Anschließend wird die Erdkabeltrasse sichtbar sein und nur eine eingeschränkte Nutzung zulassen. Sofern die Auswirkungen auf den **Naturschutz** nicht ausreichend geprüft sein sollten, ist auch aus diesem Grund mit Verzögerungen und Mehrkosten zu rechnen.

Berlin, 13. Oktober 2015

Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V.  
Wallstraße 58/59  
10179 Berlin

Tel: 030-726207-182  
niese@wvmetalle.de